

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 86.

32. Jahrgang.
Donnerstag, den 23. Juli

1885.

Das unterzeichnete Amtsgericht hat heute auf Fol. 165 des Handelsregisters für den Landbezirk, die Firma **Schurig & Schlesinger** in **Schönheide** betreffend, in Folge Anzeige vom 17. dieses Monats das Ausschneiden des Herrn Kaufmann **Swald Schlesinger** in Schönheide, sowie in Folge Anzeige vom 21. dieses Monats weiter noch verlaublich, daß gedachte Firma künftig **E. R. Schurig** firmirt.

Königliches Amtsgericht Eibenstock,
am 22. Juli 1885.
3. B.: **Hanger, Ref.**

Bekanntmachung.

Bei der am 28. Juli ds. Js. im Drechsler'schen Gasthose zu Wilden-

thal vom Wildenthaler Forstrevier stattfindenden Holzauktion sollen zugleich die in den Abtheilungen 3 und 4 desselben Reviers aufbereiteten

55,5 Raummeter sichtene Aufrinden

Nachmittags 2 Uhr

unter den vor Beginn der Auktion noch bekannt zu machenden Bedingungen an die Meistbietenden mit versteigert werden.

Königliches Forstrentamt Eibenstock und Königliche Forstrevierverwaltung Wildenthal,

am 22. Juli 1885.

Geizler.

Hilmann.

Die Zukunft Elsaß-Lothringens.

Das Hinscheiden des kaiserlichen Statthalters der Reichslande, Freiherrn von Manteuffel, hat wiederum die öffentliche Aufmerksamkeit auf die staatsrechtlichen Verhältnisse der neugewonnenen Reichslande gelenkt.

Das Rechtsverhältnis, in welchem sich Elsaß-Lothringen dem Reiche gegenüber befindet, ist ein Zwitterzustand, der keine Dauer verspricht und dem auch schwerlich von vornherein eine Dauer bestimmt war. In erster Linie handelte es sich darum, die Bevölkerung der Reichslande wieder in ihrer Allgemeinheit an den Gedanken ihres Deutschthums zu gewöhnen und andererseits der Gewißheit Ansehen zu verschaffen, daß ihre Zugehörigkeit zu Deutschland eine unabänderliche Thatsache ist.

Seit den 14 Jahren, welche seit der Annexion vergangen sind, ist nach dieser Richtung hin, wie man leider zugeben muß, wenig mit Erfolg geschehen, wie der Ausfall der Reichstagswahlen deutlich zeigt. Ja, während bei den ersten Wahlen einige Autonomisten durchkamen, Leute, die mit den einmal gegebenen Verhältnissen rechneten, ist diese Spur von Ausöhnung ganz verschwunden, — trotzdem der Zuzug deutscher Elemente stärker und damit der Einfluß des Mutterlandes kräftiger geworden ist.

Ob daran die Politik des verstorbenen Statthalters die Schuld trägt, ob man mit dem strengen Regiment, wie es Herr Möller führte, weiter gekommen wäre, — diese Fragen sollen hier nicht untersucht werden. Aber man muß betonen, daß selbst in deutschgesinnten Kreisen Elsaß-Lothringens Unzufriedenheit mit den bestehenden staatsrechtlichen Verhältnissen in starkem Maße vorhanden ist und die in Straßburg erscheinenden „Neuesten Nachrichten“ machen sich neuerdings zum Sprachrohr dieser Unzufriedenheit.

Das Blatt führt aus, jeder auf solider Grundlage ruhende Staatskörper müsse zu seiner stetigen Fortentwicklung eine ständige, dem Wechsel der Form und des leitenden Staatsoberhauptes möglichst wenig unterworfenen Regierungsform haben. Deshalb verlangt das Blatt entweder einen souveränen Fürsten für die Reichslande oder einen erblichen Statthalter mit Souveränitätsrechten. Dann werde Manches gelingen, was bis heute noch nicht gelungen ist, die Selbstständigkeit Elsaß-Lothringens und die unzweifelhafteste Anfügung an das große und mächtige deutsche Reich.

Der Wunsch läßt sich hören, wenngleich sowohl beim Volke im übrigen Deutschland noch auch in den Kreisen der Reichsregierung die Neigung vorhanden sein sollte, den Reichslanden jetzt schon jene Selbstständigkeit zu geben, die die Etablierung einer eigenen Monarchie zur Voraussetzung haben müßte. Der Kaiser und Fürst Bismarck werden ohne Zweifel sich auch schon ihren Plan für die Zukunft der Reichslande gemacht haben und wenn man in Straßburg für viele Millionen einen Kaiserpalast aufzuführen ließe und zwar auf Reichskosten, so ist das sicherlich nicht etwa geschehen, um Straßburg um ein schönes Gebäude zu bereichern.

Die Reichslande haben eben einen Souverän und das ist der Kaiser. Daß sie noch einen besonderen Fürsten haben wollen, der in Straßburg dauernd residirt, ist zwar verständlich, aber — sind denn die

Verhältnisse irgendwie dazu angethan, diesen Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen? Nein!

Der Fürst von Elsaß-Lothringen müßte naturgemäß durch Bündnißvertrag dem Reiche beitreten. Aber hätte er, der Einzelne, neben dem vorausgesetzten besten Willen auch immer die Kraft, dem französisch gesinnten Theil der Bevölkerung entgegenzutreten? Müßten seine Herrscherpflichten, besonders wenn man sie vom parlamentarisch-konstitutionellen Standpunkte aufstellt, nicht fortwährend in Widerspruch treten mit seiner Bundesstreue? So lange der Kaiser die Souveränität über Elsaß-Lothringen hat, sind die französischen Bestrebungen machtlos. Ihm steht eine ganz andere Gewalt zur Seite, als dies bei einem Bundesfürsten der Fall sein würde, wenn sich derselbe nicht von vornherein mit einem beträchtlichen Theil seines Volkes auf den Kriegsfuß stellen will.

Und wie mit der staatlichen Selbstständigkeit, so verhält es sich auch mit der kommunalen Selbstverwaltung. Auch hier muß Freiheit und Unabhängigkeit der Bürger das Ziel sein, aber dasselbe kann erst dann erstrbt werden, wenn unzweifelhaft feststeht, daß die Bewohner Elsaß-Lothringens in ihrer großen Mehrzahl die neue Ordnung der Dinge anerkennen und wieder sein wollen, was sie ihrer Abstammung, Sprache und Sitte nach sind, nämlich Deutsche.

Ehe dies nicht ausdrücklich und überzeugend dokumentirt ist, eher kann an eine Aenderung der staatsrechtlichen Stellung der Reichslande zum Reiche nicht gedacht werden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die bereits ange deuteten Mehrforderungen für Zwecke des Heeres und der Marine werden dem Vernehmen nach erst bei der künftigen Vorlage wegen Erneuerung des im März 1888 ablaufenden Militärseptennats zu erwarten sein. Diese Mehrforderungen werden sich voraussichtlich auf vier Punkte beziehen, die gegenwärtig noch in der sorgfältigsten Erwägung an den maßgebenden Stellen unterliegen. Zunächst handelt es sich um die schon häufig erwähnte Vermehrung der Artillerie. Vorzüglich wird eine Vermehrung des Pferdmaterials angestrebt, damit eine auch für Kriegszwecke ausreichende Bespannung der Geschütze schon in Friedenszeiten ermöglicht werde. Zweitens ist die Bildung neuer Cavallerie-Divisionen in's Auge gefaßt worden. Drittens strebt man eine der gewachsenen Bevölkerungszahl entsprechende Erhöhung der Heerespräsenz-Ziffer an. Der jetzigen Präsenz liegt die Annahme einer Bevölkerungsziffer von 42,727,400 zu Grunde. Die nächste Volkszählung dürfte aber eine wesentliche Erhöhung dieser Zahl ergeben, welche schon bei der letzten um 3 Millionen überschritten war. Endlich beschäftigte man sich sehr lebhaft mit der Frage einer Aenderung in der Ausrüstung unseres Heeres. In letzterer Hinsicht ist besonders daran zu erinnern, daß bereits vor längerer Zeit die Ausschreibung von Preisen für das beste Schuhwerk und für leichte Tornister erfolgt ist und daß die dadurch erzielten Ergebnisse zur Zeit der Prüfung unserer Militär-Verwaltung unterliegen. Alle diese Fragen sind indessen noch zu keinem Abschlusse gekommen und werden die gesetzgebenden Kör-

perschaften des Reiches auch erst bei der Erneuerung des Septennats beschäftigen.

— Ueber die Wirkungen des Holzzolles schreibt man den „Schlesw. Nachr.“ unter dem 15. Juli aus Flensburg: Im vorigen Monate herrschte in unserem Hafen ein regeres Treiben, als wir es seit Jahren gekannt haben. Segler und Dampfer, die sich beeilt hatten, Holz von Schweden und Finnland zu bringen, hatten die Schiffbrücke in ihrer ganzen Länge besetzt. Unsere Kaufleute hatten nämlich, um den am 1. Juli eintretenden Holz Zoll zu sparen, größere Holzeinkäufe als sonst gemacht. Nachdem am 1. Juli die Holzlager wohl gefüllt waren, so daß sie für zwei Jahre hinaus den Bedarf zu decken vermögen, kommt plötzlich aus Schweden die interessante Kunde, daß man vom 1. Juli ab das Holz um den Betrag des deutschen Zolles billiger offerire. Leider hat dies nicht verfehlen können, hier manche Bestimmung zu erzeugen, gleichzeitig aber vermittelt, daß der Say des Reichskanzlers, das Ausland trage den Zoll, nicht mehr als so ganz unrichtig angesehen wird.

— Oesterreich-Ungarn. In den Spalten der tschechischen Organe wird der Kampf gegen das Projekt einer Zollunion mit Deutschland mit großer Heftigkeit fortgeführt und ein Jeder ein Verwahrer an der österreichischen Monarchie, ein „Bismarcker“, ein Annexionist u. dergl. genannt, welcher auch nur mit einem einzigen Gedanken an ein engeres Zollbündniß mit Deutschland zu denken wagen sollte. Zwar wissen die Tschechen sehr gut, daß dieses Zollbündniß noch in weitem Felde steht, und daß durch Zwischenzölle jeder nachtheiligen Ueberföhrung vorgebeugt werden soll; aber es sind ja überhaupt nicht die Sorgen um die wirtschaftlichen Interessen der Monarchie, sondern lediglich politische Gründe, welche die Haltung der Tschechen bestimmen, obwohl sie selbst zugestehen müssen, daß dieses Bündniß bei geschicktem und vorsichtigem Vorgehen von großem wirtschaftlichen Nutzen für die Monarchie sein würde, wie dies auch die Ungarn erkannt haben. Diese aber würden, heiläufig erwähnt, gewiß niemals dieses Zollbündniß verlangt haben, wenn durch dessen Aufrichtung die Unabhängigkeit der Monarchie Gefahr liefe, womit sie auch ihre eigene Selbstständigkeit, auf welche sie so eifersüchtig sind, einbüßen würden. Aber es sind in erster Linie nationale Gründe, welche die Haltung der Tschechen bestimmen. Sie fürchten, daß ein Zollbund mit Deutschland im Laufe der Zeit den „deutschen Gedanken“ in Oesterreich fördern und der wachsenden Slawisirung ein Ziel setzen würde. Darum eifern sie gegen die Zollvereinigung, welche auch der tschechischen Arbeit ein lohnendes Feld der Thätigkeit eröffnen würde.

— Frankreich. Kein Wunder, daß die Zahl der Fremden in Paris reißend abnimmt. Der Mob stößt ein Volk nach dem andern vor den Kopf. Jetzt sind die Engländer an der Reihe. Ihrer viele wohnen in dem Hôtel der Normandie. An dem Feste der Republik zogen große Volkshaufen vor das Haus, das angeblich eine englische Fahne trug, lärmten, warfen Fenster ein und riefen: Nieder mit den Engländern! Die Polizei scheute sich einzuschreiten und man beruhigte sich erst dann, als ihnen erlaubt wurde, vor dem Hôtel zu tanzen. Sie tanzten die ganze Nacht durch bis zum hellen Morgen, an dem Tage